

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Efta-Abkommen mit CSFR

Genf (spk/dpa) Vertreter der Europäischen Freihandelszone (Efta) und der CSFR haben am Dienstagabend in Genf ein Freihandelsabkommen paraphiert, das nach der Unterzeichnung im Frühjahr zum 1. Juli 1992 in Kraft treten soll. Diesem ersten Abkommen der Efta mit einem Land des ehemaligen Ostblocks sollen in Kürze entsprechende Verträge mit Ungarn und Polen folgen.

Atomkontrollen

Seoul (spk) Nord- und Südkorea haben sich auch am Mittwoch bei Gesprächen am Waffenstillstandsort Panmunjom nicht auf einen Zeitplan für Nuklearinspektionen in beiden Staaten einigen können. Die südkoreanischen Unterhändler wiederholten ihre Forderungen nach baldigen Überprüfungen und Gründung eines Atomkontrollausschusses.

Landreform schleppend

Bukarest (spk) Ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Landgesetzes warten noch immer knapp fünf Mio Rumänen auf die Besitzurkunde für den ihnen zurückgegebenen oder neu zugesprochenen Grund und Boden. Wie die Bukarester Zeitung «Adevarul» am Mittwoch mitteilt, haben die Landkommissionen, in deren Hand die Aufteilung des Genossenschaftslandes lag, den Anspruch von mehr als 6,6 Mio Personen anerkannt.

Drogenbekämpfung: Auch «verdeckte» Ermittler bald im Einsatz

Die Regierung unterbreitete dem Landtag ihre Antwort auf ein Postulat zum Thema Drogen – Massnahmen zur Durchführung des Drogenkonzeptes

(mö) – Zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs in Liechtenstein sollen nun auch die gesetzlichen Grundlagen für den Einsatz «verdeckter» Ermittler und Informanten – sogenannter «V-Männer» – geschaffen und die personelle Kapazität der Landespolizei erweitert werden. Diese und eine Reihe weiterer Massnahmen führt die Regierung in ihrer kürzlich veröffentlichten Antwort auf ein Postulat auf, das im November 1989 von Abgeordneten beider Landtagsfraktionen eingereicht wurde und die «Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes» forderte, welches die «direkte Hilfe im Drogenbereich, die Entziehungs-, Therapie- und Resozialisierungsmöglichkeiten» enthält.

Wenn sich der Landtag im Verlaufe des Frühjahrs mit dem Regierungsbericht zum Drogen-Postulat auseinandersetzen wird, liegt ihm auch das neue Drogenkonzept (Stand 1991) vor, das von einer verwaltungsinternen Drogenkommission erarbeitet wurde und ein integrierender Bestandteil der Postulatsbeantwortung ist. In diesem Zusammenhang wird das Parlament ausserdem über einen Antrag der Regierung zur Abänderung des Betäubungsmittelgesetzes befinden müssen. Die Vorlage sieht vor, dass Ärzte inskünftig sterile Spritzen an ihnen bekannte drogenabhängige Patienten abgeben können.

Zusätzliche Beschlüsse der Regierung

Die Regierung hält in ihrem Bericht zum Postulat fest, dass sie sich vollumfänglich mit den Schlussfolgerungen und Umsetzungsvorstellungen des Drogenkonzeptes einverstanden erklären könne,

die in diesem Papier entwickelte Konzeption daher von der Regierung als ihr Drogenkonzept übernommen werde (das Konzept war bereits Gegenstand mehrerer Beiträge im VOLKSBLATT). Laut Postulatsbeantwortung hat die Regierung darüber hinaus noch folgende weitere Beschlüsse gefasst, die als Massnahmen zwecks Durchführung dieses Drogenkonzeptes gedacht sind:

- Die Arbeit aller in Liechtenstein mit der Drogenarbeit befassten Institutionen ist u. a. zwecks Festlegung einer Bekämpfungsstrategie zu koordinieren.
- An allen Pflichtschulen – beginnend im 6. Schuljahr – muss vermehrt und verstärkt Aufklärung und Information über die Gefahren des Konsums illegaler und legaler Drogen durchgeführt werden.
- Von einer Liberalisierung des Drogenkonsums, d. h. einer Abschaffung der Strafbarkeit des Konsums illegaler Drogen – ist abzusehen.
- Die personelle Kapazität der Landespolizei zur Bearbeitung von Betäubungsmitteldelikten unter Einschluss der fachkundigen Aufklärung ist so rasch als möglich zu erweitern.
- Die im Strafgesetzbuch bereits vorgesehene Institution der Bewährungshilfe soll umgehend durch Verabschiedung eines Bewährungshilfegesetzes in die Tat umgesetzt werden.
- Das Strafgesetzbuch soll dahingehend abgeändert werden, dass gerichtliche Weisungen auch an Betäubungsmittelkonsumenten, die sich nur einer Übertretung schuldig gemacht haben, erteilt werden können.
- Die gesetzlichen Grundlagen für den

Einsatz «verdeckter» Ermittler und Informanten zwecks rechtzeitiger Aufklärung und damit Verhinderung der Aktivitäten von Dealer-Organisationen in Liechtenstein sollen geschaffen werden.

• Das Strassenverkehrsgesetz soll dahingehend abgeändert werden, dass Personen, die wegen des Konsums illegaler Betäubungsmittel überführt wurden, obligatorisch der Führerausweis zu entziehen ist.

Keine Entkriminalisierung des Konsums

Bei der Erarbeitung der Postulatsbeantwortung hat die Regierung laut Bericht auch die Frage der Vor- und Nachteile einer allfälligen Entkriminalisierung des Konsums illegaler Drogen eingehend geprüft und ist dabei zur Ansicht gelangt, dass «von einer solchen Änderung der Drogenpolitik unbedingt Abstand genommen werden sollte». Einerseits könne, schreibt die Regierung, als gesicherte Erkenntnis vorausgesetzt werden, dass ein unter Strafanforderung ausgesprochenes Verbot betreffend den Rauschgiftkonsum zwar nicht alle potentiellen Konsumenten, aber doch eine nicht unerhebliche Anzahl davon vom Konsum abhalte. Andererseits würde nach Auffassung der Regierung eine Freigabe des Konsums von Drogen – oder auch nur von einigen Drogen wie zum Beispiel Haschisch und Marihuana – dazu führen, dass staatliche Stellen überhaupt keine Möglichkeit zum Eingreifen und zur Vermeidung späteren und grösseren Übels hätten, da sich die entsprechenden Konsumenten ja keiner Gesetzesübertretung schuldig gemacht hätten und daher weder mit gerichtlichen Auflagen belegt, noch

von der Polizei einvernommen und einer Aufklärungsarbeit unterzogen werden könnten. Es soll daher auch die gesetzliche Möglichkeit für den Richter geschaffen werden, den nur wegen Konsums Verurteilten gerichtliche Weisungen (z. B. regelmässige Urinproben) erteilen zu können.

Strengere Bestrafung für Händler

Neben den Aufklärungsbemühungen und Hilfen für Abhängige und ehemals Abhängige erachtet es die Regierung schliesslich für wichtig, «die im Betäubungsmittelgesetz enthaltenen Strafanforderungen für Drogenkonsum und Handel durchzusetzen und durch entsprechende Aktivitäten vor allem den betroffenen Personengruppen unmissverständlich klar zu machen, dass die gesetzlichen Vorschriften auf diesem Gebiet uneingeschränkt gehandhabt und soweit als möglich durchgesetzt werden». Als durchaus vorteilhaft habe es sich erwiesen, dass z. B. unsere Gerichte den Drogenhandel bei vergleichbar grossen gehandelten Mengen deutlich strenger bestrafen würden als schweizerische Gerichte. Eigentliche Drogenhändler würden Liechtenstein daher eher meiden.

Zusammenfassend hält die Regierung fest, dass durch verstärkten Polizeieinsatz und scharfe Strafpraxis allein ein Verschwinden des Drogenproblems nicht herbeigeführt werden könne. Erfolge könnten nur dann erzielt werden, wenn entsprechende Bemühungen auf allen Gebieten – insbesondere im gesellschaftspolitischen Bereich – unternommen werden.

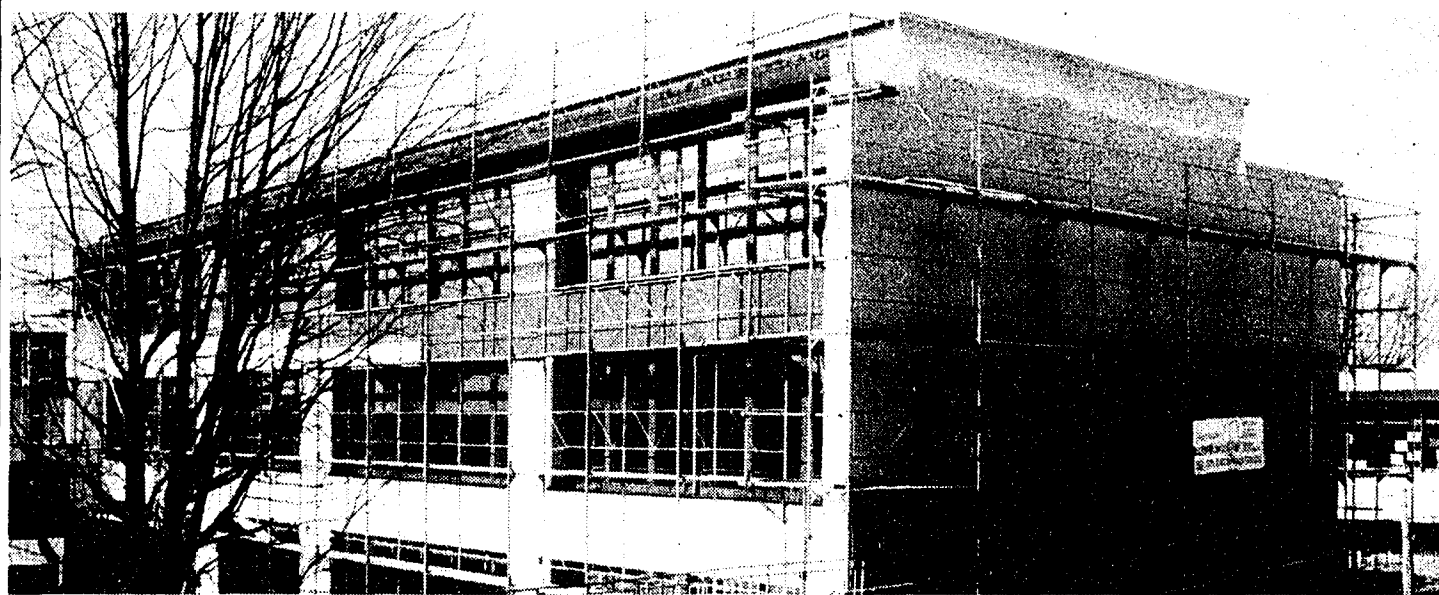
Schwächeanfall des Frankens gestoppt

Zürich (AP) Der Schwächeanfall des Schweizer Franken gegenüber wichtigen Währungen ist am Mittwoch vorerst gestoppt worden, nachdem im frühen Handel der D-Mark-Kurs zeitweise den höchsten Stand seit Anfang 1990 erreicht hatte. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) stützte den Frankenkurs angeblich indirekt mit Swap-Geschäften, wie Devisenhändler sagten. Auch der amerikanische Dollar blieb weiter im Aufwind. Die Edelmetallpreise wurden nach unten korrigiert.

100 DM wurden am Zürcher Devisenmarkt am Abend mit 90,99 (Vorabend: 90,80) Franken gehandelt, nachdem am Morgen mit einem Kurs von 91,10 Franken der höchste Stand seit etwa zwei Jahren erreicht worden war. Auch gegenüber dem britischen Pfund zeigte sich die schweizerische Währung mit 2,6227 (Vorabend 2,6165) Franken schwächer. Unverändert notierten 100 französische Francs mit 26,79 Franken, während 1000 italienische Lire minim auf 1,2145 (1,1250) Franken nachgaben.

Sanierung der Primarschule steht vor dem Abschluss

VOLKSBLATT-Serie über die Voranschläge 1992 der elf Liechtensteiner Gemeinden – Heute mit Triesen



Die Investitionsrechnung der Gemeinde Triesen sieht im laufenden Jahr Aufwendungen von 8,8 Millionen Franken vor, denen Einnahmen in Höhe von knapp 1,7 Millionen Franken gegenüberstehen. Für die Sanierung der Primarschule (unser Bild), die heuer abgeschlossen wird, sind Ausgaben von 2,4 Millionen Franken budgetmässig berücksichtigt worden. In Angriff genommen wurde inzwischen auch ein weiteres grosses Hochbauvorhaben: die Renovation der Pfarrkirche. Näheres zum Voranschlag 1992 der Gemeinde Triesen im Internen der heutigen Ausgabe. (Bild: Beat Schurte)

Verabschiedung eines «Wiener Dokuments»

Wien (AP) Mit der Verabschiedung eines «Wiener Dokuments» haben die 48 KSZE-Staaten am Mittwoch in Wien die im März 1989 aufgenommenen Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (VVSBM) abgeschlossen. In dem 54seitigen Papier verpflichten sich die Mitgliedstaaten erstmals auf präzise Beschränkungen ihrer Militäraktivitäten. Der Beschluss gilt als einer der letzten wichtigen Etappen auf dem Weg zum vierten KSZE-Gipfel in Helsinki im Juli.

Dagegen sind die ebenfalls in Wien stattfindenden Verhandlungen über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE) unter erheblichen Zeitdruck geraten. Als Grund gelten die durch die Auflösung der Sowjetunion ausgelösten Verzögerungen bei den Ratifizierungen des bisherigen Vertrages über die Obergrenzen für schwere Waffen.

Die VKSE wollte bis zum Helsinki-Gipfel auch die Obergrenzen für Truppenstärken geregelt haben. Als wahrscheinlich gilt, dass deshalb parallel zum Treffen in Helsinki in Wien weiterverhandelt werden muss.

Abnahme der Stabilität

Die schweizerische Wirtschaft und die Europa-Frage

Adliswil (spk) Nach einem Beitritt der Schweiz zur EG erwarten die Eidgenossen generell eine Abnahme der Stabilität der Wirtschaft sowie eine Anpassung an die Gegebenheiten anderer europäischer Länder. Die Inflation würde ansteigen und die Wohnungsmieten kletterten in die Höhe. Erwartet wird auch eine zunehmende Arbeitslosigkeit, die sich den Nachbarländern angleicht.

«Die schweizerische Wirtschaft vor der europäischen Herausforderung» ist das Thema der am Mittwoch veröffentlichten Univox-Studie, die sich auf die Befragung von 669 Stimm- und Wahlberechtigten stützt und im Auftrag des GfS-Forschungsinstituts der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung durchgeführt wurde.

37 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Stabilität der Wirtschaft

bei einem EG-Beitritt der Schweiz abnimmt. Ebensoviele glauben gemäss Univox-Studie an keinen negativen Einfluss auf die Beständigkeit der schweizerischen Wirtschaft und nur eine Minderheit erwartet diesbezüglich positive Effekte. In der Deutschschweiz wird eine viel grössere Instabilität nach einem EG-Beitritt erwartet, als dies in der französischen Schweiz der Fall ist.

38 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass nicht nur die Inflation, sondern auch die Zinsen steigen werden. Fast ein Drittel glaubt, das Zinsniveau bleibe ungefähr gleich. Nur 14 Prozent meinen, die Zinsen werden bei einer stärkeren Integration der Schweiz in die Europäische Gemeinschaft fallen. Rund ein Fünftel der Befragten befürchten bei einem allfälligen EG-Beitritt ein weiteres Ansteigen der Wohnungsmieten.

Benzinpreis variiert in Schweiz stark

Bern (AP) Deutschschweizer Automobilisten müssen für einen Liter Benzin weniger tief in die Tasche greifen als Westschweizer oder Tessiner Autofahrer. Der Preis für einen Liter Benzin kann je nach Region und Marke bis zu 18 Rappen variieren, wie eine am Mittwoch veröffentlichte TCS-Erhebung ergab. Während der Liter Benzin an Autobahntankstellen im Mittel sechs Rappen teurer ist als anderswo, so wirkt sich der Ausrüstungsgrad einer Tankstelle wie etwa die Gasrückführungsanlage kaum auf den Preis aus.

Der Touring Club der Schweiz (TCS) nahm den 20. Januar 1992 als Stichtag. Die repräsentativen Proben bei 63 Tankstellen – ohne Autobahntankstellen – ergaben einen gesamtschweizerischen Liter-Mittelwert von 97 Rappen für Bleifrei 95, 1,05 Franken für Super und 1,02 Franken für Diesel.

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.



THONY office
9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16.

RENOMMIERTESTEN
SCHWEIZER MARKENUHREN
ZWANZIG DER WELTWEIT
Schmid & Jürgelin
huber
Jahrgang
Stahl 24
Rohrgehäuse
EBEL
les architectes du temps